

An das
Bürgermeisteramt

Meckenbeuren



Auf den Bericht vom 5. September 1969

Betr.: Bebauungsplan "Gunterbach"

Anl. : 1 Bund Gemeindeakten
1 genehmigter Bebauungsplan mit Festsetzungen
2 Beurkundungsbogen

Der vom Gemeinderat Meckenbeuren am 15. November 1966 (§ 26) als Satzung beschlossene Bebauungsplan "Gunterbach" in Brochenzell auf der Grundlage des Bebauungsplan-Entwurfs von Professor Heck, Konstanz vom 30. September 1965 mit Bebauungsvorschriften vom 15. November 1966 wird auf Grund des § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzblatt I Seite 341) - BBauG - in Verbindung mit § 2 Abs. 2 Nr. 1 der 2. Durchführungsverordnung zum BBauG vom 27. Juni 1961 (Gesetzblatt Seite 208) sowie auf Grund des § 111 Abs. 5 der Landesbauordnung vom 6. April 1964 (Gesetzblatt Seite 151.) - LBO - in Verbindung mit § 2 der Verordnung des Innenministeriums vom 21. Dezember 1964 (Gesetzblatt Seite 450)

g e n e h m i g t .

Mit der Genehmigung ist folgende Auflage verbunden:

Auf der öffentlichen Grünfläche (Parz. 1218) soll ein Kindergarten errichtet werden. Es ist sicherzustellen, dass diese Fläche auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

3)

Der genehmigte Bebauungsplan mit Begründung ist nach § 12 BBauG in Verbindung mit Nr. 13 Abs. 2 des Bauleitplanerlasses vom 11. November 1963 (GABl. Seite 665) 2 Wochen öffentlich auszulegen. Ort und Zeit der Auslegung sind mit der in § 12 BBauG weiter vorgeschriebenen Bekanntmachung der Genehmigung festzulegen.

4)

1)
2)

Das Bürgermeisteramt wird gebeten, den Tag der Bekanntmachung hierher mitzuteilen. Ferner wird gebeten, dem Vermessungsamt Friedrichshafen - Aussenstelle Tettnang - eine weitere Ausfertigung des Bebauungsplans (Lageplan) zu übersenden.

In dem Satzungsbeschluss fehlt die Rechtsgrundlage für die örtlichen Bauvorschriften (§ 111 Abs. 5 und § 112 LBO). Dies wird nicht beanstandet, da der VGH Baden-Württemberg in seinem Beschluss vom 11. November 1968 II 325/66 B1 a.E. die Rechtswirksamkeit von Bebauungsplänen, in deren Textteil der § 111 Abs. 5 LBO nicht angezogen worden ist, bestätigt hat. Es wird jedoch gebeten, künftig die Rechtsgrundlage des § 111 LBO unter gleichzeitigem Hinweis auf die Bußgeldvorschriften des § 112 LBO anzuführen.

Für den Bebauungsplan gilt die BauNVO in der Fassung vom 26. Juni 1962 (BGBl. I S. 429).

Im Bebauungsplan ist dreimal als höchstzulässige Geschoßzahl 1 1/2 angegeben. Nach § 18 BauNVO i.V. mit § 2 Abs. 4 LBO gibt es nur Vollgeschosse. Als höchstzulässige Geschossflächenzahl ist 0,4 angegeben. Diese Zahl ist der Höchstwert der Geschossflächenzahl bei einem Vollgeschoss. Anstelle der Bezeichnungen 1 1/2geschossig ist im Bebauungsplan und in den Festsetzungen zum Bebauungsplan eingeschossig zu setzen.

Hinweis:

Die Bauherrn der 3-geschossigen Häuser sind, sofern diese Bauten vier oder mehrere Wohnungen enthalten, verpflichtet, auf ihrem Baugrundstück Kinderspielplätze als Einzelanlagen zu errichten (Erlass des Innenministeriums über Kinderspielplätze vom 20. November 1967 GABl. S. 694).



Dr. D i e z , Landrat